

Parteienlehre

Parteibegriff

- **formeller**
 - kraft Parteienbezeichnung
- **materieller**
 - kraft unmittelbarer Beeinflussung in rechtlich geschützter Stellung durch den Verfahrenszweck

§ 2 Abs 1 Z 3 AußStrG

Bestimmung der Parteien

- Berichtigung der Parteibezeichnung (§ 235 Abs 5 ZPO)
- Zustellung an die falsche Person
 - Kann die Person gemeint sein oder nicht?

Sachlegitimation

Steht der behauptete Anspruch dem Kläger überhaupt gegen diesen Beklagten zu? (materielle Berechtigung/Verpflichtung hinsichtlich des Klagsanspruchs)

- **Aktivlegitimation:** steht dieser Anspruch dem Kläger zu?
- **Passivlegitimation:** steht der Anspruch gegen diesen Bekl zu?

Folge des Mangels: Klagsabweisung mit Urteil (materiell-rechtlicher Mangel)

Prozesslegitimation

Hat der Kläger die Befugnis, über eine bestimmte Rechtsposition (im eigenen Namen) zu prozessieren?

- Sachlegitimation und Prozesslegitimation fallen idR **zusammen**
- Einschränkungen:
 - Schuldner in Insolvenz
 - Verpflichteter bei Zwangsverwaltung
- Stellung der Verwalter?

Prozessstandschaft

Die Befugnis als **Prozesspartei** im eigenen Namen über fremdes Recht zu prozessieren

- **gesetzliche:**
 - § 84 Abs 5 AktG
 - § 189 IO
 - Verbandsklage (?)
- **gewillkürte:**
 - unzulässig (hM)

Parteieigenschaften

- Parteifähigkeit
- Prozessfähigkeit
- Postulationsfähigkeit

Parteifähigkeit

ist die Fähigkeit, im Prozess **Träger von (prozessualen) Rechten und Pflichten** in eigenem Namen zu sein.

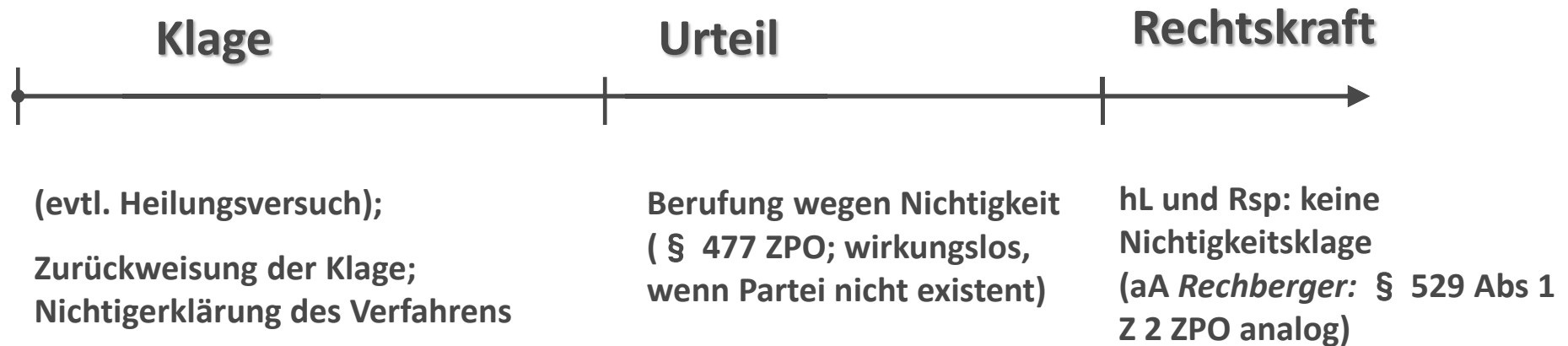
→ Ist Ausfluss der **Rechtsfähigkeit**

- inländische bzw ausländische physische Personen
- inländische juristische Personen (GmbH, AG, Vereine, Gen, Bund, Länder,...)
- ausländische juristische Personen (Sitztheorie/Gründungstheorie)
- sonstige (zB OG und KG gem § 105 UGB)

Parteiunfähigkeit

prozessuale Behandlung

- Prozessvoraussetzung \Rightarrow Mangel \Rightarrow Nichtigkeit



Prozessfähigkeit

prozessuale Handlungsfähigkeit

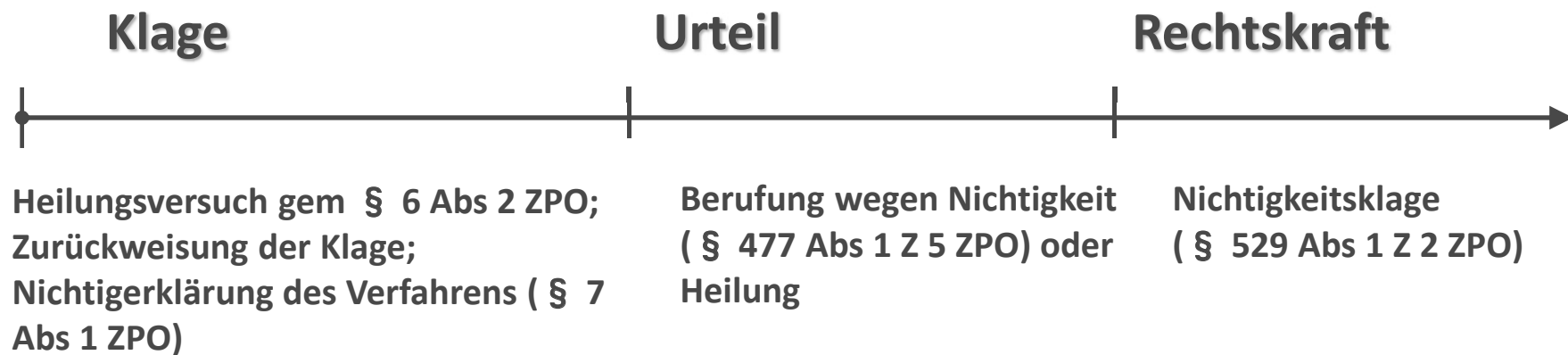
- selbst oder durch selbst gewählten Vertreter
- entspricht idR der Verpflichtungsfähigkeit des BR (§ 1 ZPO)
 - Minderjährige (§§ 2, 2a)
- bei Ausländern grundsätzlich nach Heimatrecht (§ 3 ZPO)

nicht prozessfähig sind zB:

- juristische Personen
- Insolvenzmasse
- Ruhender Nachlass

Prozessunfähigkeit

prozessuale Behandlung



Postulationsfähigkeit

ist die Fähigkeit der Parteien selbst **beachtliche Prozesshandlungen** vorzunehmen.

Postulationsunfähigkeit

»aus physischen Gründen (Taubheit, Stummheit, Fremdsprachigkeit, Trunkenheit usw) ⇔ faktische

»bei absoluter Anwaltpflicht ⇔ rechtliche

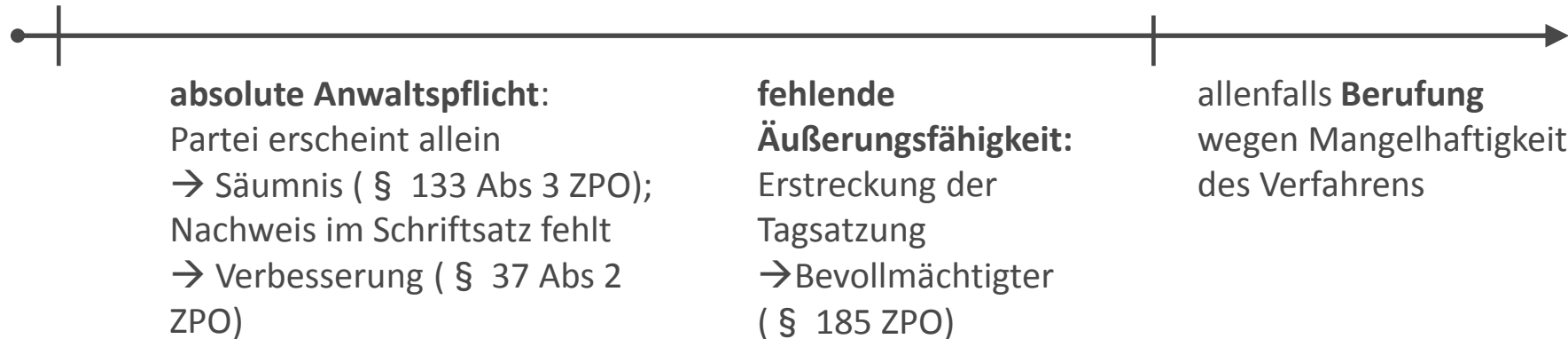
Keine Prozessvoraussetzung!

»Mangel → Unwirksamkeit/Unbeachtlichkeit der Handlung → Säumnis

Postulationsunfähigkeit

Klage

Urteil



Anwaltspflicht

Außerstreit:
Beachte §§ 4, 6 AußStrG



absolute (§ 27 ZPO)	relative (§ 29 Abs 1 iVm § 27 Abs 2 ZPO)
im BG-Verfahren bei Wertzuständigkeit und Streitwert über 5.000 €	im BG-Verfahren bei Eigenzuständigkeit und Streitwert über 5.000 €
im Verfahren vor dem GH 1. Instanz	in Ehesachen
im Rechtsmittelverfahren	für Prozesshandlungen vor dem beauftragten oder ersuchten Richter
sachliche Ausnahmen (zB Vergleiche vor dem BG; Verfahrenshilfe; Einspruch gegen den Zahlungsbefehl im BG-Mahnverfahren;...)	persönliche Ausnahmen
persönliche Ausnahmen (zB Richter; RAs;...)	

Bevollmächtigung I

- **Bevollmächtigungsvertrag**
- **Prozessvollmacht = Formalvollmacht**
 - RA-Vertretung: Beschränkungen nur im Rahmen des § 32 ZPO
 - sonstige: nach § 33 auch Einzelvollmacht
- **Nachweis der Bevollmächtigung**
 - RA, Notare (§ 30 Abs 2 ZPO)
 - andere
- **Vertretungsbefugnis = Prozessvoraussetzung → Mangel = Nichtigkeitsgrund** (§ 477 Abs 1 Z 5; nach Rechtskraft § 529 Abs 1 Z 2)
 - Heilung durch nachträgliche Genehmigung

Bevollmächtigung II

Erlöschen

- **Gründe auf Seiten des Vollmachtgebers:**
 - » Widerruf, **nicht** Tod/Verlust der Prozessfähigkeit
- **Gründe auf Seiten des Bevollmächtigten:**
 - » Kündigung, Tod, Verlust der Geschäftsfähigkeit, Insolvenz
- **Bedingungen für Wirksamkeit im Außenverhältnis**

Verhältnis Partei – Bevollmächtigter

- Unterschiedliche Wissens- und Willenserklärungen (§ 34 ZPO)
 - » Prozess mit Anwaltpflicht
 - » Prozess ohne Anwaltpflicht

Beispiel



Hugo bringt mal wieder eine Klage (Streitwert 12.000 Euro) gegen *Aperol* beim BG Feldkirch ein.

In der Klage werden die beiden Parteien bezeichnet, jedoch findet sich kein Hinweis auf den **Anwalt Bert Bier** oder ein **Vollmachtsverhältnis**.

Beispiel

- Wie hat das Gericht vorzugehen?
- Was passiert, wenn nach Namhaftmachung des Vertreters *Hugo* dennoch ohne *Bier* zur vorbereitenden Tagsatzung erscheint?

Parteienmehrheit – Streitgenossenschaft

Mehrere Personen treten in derselben Parteirolle auf.

Arten:

- **einfache Streitgenossenschaft (§ 11 ZPO)**
 - » materielle (Z 1)
 - » formelle (Z 2)

- **einheitliche Streitpartei (§ 14 ZPO)**

Einheitliche Streitpartei I

liegt vor, wenn das **Urteil** über den geltend gemachten Anspruch **für und gegen alle** Streitgenossen **gleich** lauten muss (§ 14 ZPO).

- » kraft Beschaffenheit des streitigen Rechtsverhältnisses (**anspruchsgebunden**)
- » kraft gesetzlicher Vorschrift (**wirkungsgebunden**)

Einheitliche Streitpartei II

anspruchsgebundene

- **Untrennbarkeit** des Streitgegenstands (Anspruches)
- **gemeinschaftliche Verfügung** über strittigen Anspruch (aktive Gesamthandprozesse)
- **gemeinschaftliches Rechtsverhältnis** (welches nur für oder gegen alle festgestellt werden kann)

→ **notwendige Streitgenossenschaft**

wirkungsgebundene

- **Rechtskrafterstreckung** kraft Gesetzes
- **Rechtsgestaltungswirkung** des Urteils
- § 28 KHVG (str)



Einheitliche Streitpartei III – Wirkungen

- **einheitlicher** Prozess – **einheitliches** Urteil
- **Prozessbetrieuhandlungen** wirken für alle
- **Repräsentationsprinzip** bei Säumnis
- **Verfügung** eines Streitgenossen über den Streitgegenstand:
 - Klagszurücknahme jeder für sich (bei wirkungsgebundener Streitgenossen)
 - sonstige Fälle: Einstimmigkeitsprinzip
 - widerstreitende Sachdispositionen aller Teilgenossen
 - Günstigkeitsprinzip
 - Prüfung in abstracto anhand des ursprünglichen Antrages
 - aM: Bestellung eines Kollisionskurators

Einfache Streitgenossenschaft I

materielle (§ 11 Z 1 ZPO)

- **Rechtsgemeinschaft** in Ansehung des Streitgegenstandes (zB Miterben, Miteigentümer, Gesellschafter)
- Berechtigung/Verpflichtung *aus demselben tatsächlichen Grund* (**einheitlicher rechtserzeugender Sachverhalt**) (zB mehrere Schädiger iSd § 1302 S 1 ABGB)
- **solidarische** Berechtigung/Verpflichtung (Solidarschuldner/Gläubiger gem §§ 891 ff ABGB)

formelle (§ 11 Z 2 ZPO)

- gleichartige Ansprüche aus *im Wesentlichen gleichartigem tatsächlichen Grund*, wenn das Gericht für alle Ansprüche **zuständig** ist
- bspw Klage mehrerer Dienstnehmer gegen den Dienstgeber auf ausständigen Lohn; Klage mehrerer verschiedener Mieter wegen Mietzins

Einfache Streitgenossenschaft II

materielle StreitG	formelle StreitG
1. schafft einen gemeinsamen Gerichtsstand (§ 93 Abs 1 JN)	1. setzt einen gemeinsamen Gerichtsstand voraus (§ 11 Z 2 letzter HS ZPO)
2. Die Streitwerte sind, wenn die Streitgenossen nicht bloß solidarisch berechtigt oder verpflichtet sind, zusammenzurechnen (§ 55 JN)	2. Die Streitwerte sind nicht zusammenzurechnen (§ 55 JN)
3. Einvernahme der Streitgenossen als Partei; in Sachverhalten, die bestimmte Streitgenossen nicht betreffen, als Zeugen einzuvernehmen.	3. sind bei den Ansprüchen der anderen Streitgenossen immer als Zeugen zu vernehmen

Beispiel



Beispiel
vgl Fall 30
Casebook

Hugo organisiert in seinem Restaurant jährlich ein großes Cocktailfest.

- 2014 serviert er Cocktails für alle Gäste in großen Krügen. Mehrere Personen erleiden daraufhin eine Lebensmittelvergiftung und fordern Schadenersatz.
- 2015 füllt seine Cocktails vorsorglich einzeln in getrennte Gläser. Trotz dieser Vorkehrung erleiden wieder einige Besucher eine Lebensmittelvergiftung und erheben Klage.

Einfache Streitgenossenschaft III – Wirkungen



- Prinzip der **Selbstständigkeit** (§ 13 ZPO; Rechtsstreite und Verfahren sind voneinander unabhängig)
 - Säumnis;
 - Disposition;
 - Inhalt des Urteils

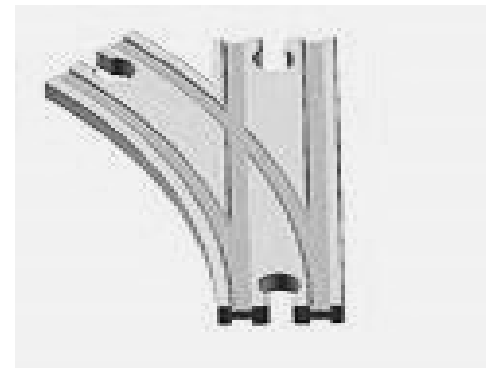
- Ausnahme:
 - Prozessbetrieuhandlungen (§ 15 ZPO)

Abgrenzung

Einheitliche Streitpartei oder einfache Streitgenossenschaft?



© www.123rf.com



Parteiwechsel I

- Eintritt einer neuen Partei an Stelle der ausscheidenden
- prozessuale Rechtsnachfolge
- ≠ Berichtigung der Parteienbezeichnung
- ≠ Parteibeitritt
- durch gesetzliche Anordnung zulässig

Parteiwechsel II

- **gesetzlicher**
 - Tod einer Partei (Gesamtrechtsnachfolge)
 - sonstiger Untergang einer Partei (Gesamtrechtsnachfolge)
 - Insolvenzeröffnung (Einzelrechtsnachfolge)
- **gewillkürter** (+ gesetzlich zulässiger)
 - Erwerber der streitverfangenen Sache
 - Nebenintervention
- **Wirkungen**

Nebenintervention

- **Nebenintervenient = Streit Helfer der Hauptpartei**
 - einfache Nebenintervention (§ 17 ZPO)
 - streitgenössische Nebenintervention (§ 20 ZPO)
- **Voraussetzungen**
 - anhängiger Prozess
 - Partei- und Prozessfähigkeit; *rechtliches Interesse*
 - schriftliche Beitrittserklärung

Außerstreitverfahren:
keine Nebenintervention

einfacher Nebenintervenient	streitgenössischer Nebenintervenient
<ul style="list-style-type: none"> • Streithelfer der Hauptpartei • an Verfahrenslage gebunden (§ 19 Abs 1 ZPO) • keine eigenen Sachdispositionen • Vorbringen nur zur Unterstützung der Hauptpartei • Bei widersprechenden Prozesshandlungen gehen jene der Hauptpartei vor 	<ul style="list-style-type: none"> • Stellung einer (wirkungsgebundenen) einheitlichen Streitpartei (§ 14 ZPO) • Gleichberechtigung mit der Hauptpartei
verhindert Säumnis	
kann Rechtsmittel erheben (außer bei Verzicht der Hauptpartei)	kann alle Rechtsmittel erheben
ist als Zeuge zu vernehmen	ist als Partei zu vernehmen
Kostenersatzanspruch aber <u>keine</u> Kostenersatzpflicht	Kostenersatzanspruch und Kostenersatzpflicht (str)
besondere Bindungswirkung (Interventionswirkung)	Urteilswirkungen

Streitverkündung (§ 21 ZPO)

- formelle Verständigung von einem Prozess
- gerichtliche Zustellung eines Schriftsatzes
- löst Bindungswirkung aus (hRsp)

Außerstreit:
keine Streitverkündung

Veräußerung der streitverfangenen Sache (§ 234 ZPO) I

- nach Streitanhängigkeit
- hat auf den Prozess **keinen Einfluss**
- Sachbegriff des § 285 ABGB
- Parteiwechsel nur mit Zustimmung des Gegners
- Schutz des ursprünglichen Prozessverhältnisses
- gilt für jede Art der **Einzelrechtsnachfolge**

Außerstreit:
§ 234 nicht anwendbar

Veräußerung der streitverfangenen Sache II

Irrelevanztheorie (stRsp)

- **Veräußerung** für materielle Beurteilung und Parteistellung **bedeutungslos**
- **Urteil** ergeht für oder gegen den **Rechtsvorgänger**
- **Rechtskraft** erstreckt sich auf den **Rechtsnachfolger**
- **Vollstreckung** gegen den **Rechtsvorgänger**
- Vollstreckung gegen den **Rechtsnachfolger**
→ **Titelergänzung**

Relevanztheorie (hL)

- **Veräußerung auf Klägerseite**
 - Änderung des Klagebegehrens
- **Veräußerung auf Beklagtenseite**
 - Strenge Form: Umstellung des Klagebegehrens auf den Erwerber
 - Beteiligungsmöglichkeit
 - Abgeschwächte Form

Fristen

prozessuale Fristen	materielle Fristen
Zeiträume für die Vornahme einer Prozesshandlung (Präklusionsprinzip)	Zeiträume an die das Gesetz materielle Rechtsfolgen knüpft
Die Tage des Postlaufs sind nicht einzurechnen (§ 89 GOG; Poststempel). vom Amts wegen wahrzunehmen	Das Schriftstück muss innerhalb der Frist bei Gericht eingelangt sein (Eingangsstempel). idR Geltendmachung durch Einrede
Wiedereinsetzung möglich (§ 146 ZPO)	Wiedereinsetzung ausgeschlossen (§ 1450 ABGB)
§§ 123 bis 129 ZPO	nicht anwendbar

Zustellung I

- **Zustellverfügung** (§ 5 ZustG)
- **Empfänger**
- **Zustellbevollmächtigter** (§ 9 Abs 1 ZustG; §§ 97, 98 ZPO)
Beachte 2 Ob 156/13z (§ 98 ZPO ist unionsrechtswidrig)
- **Abgabestelle**
- **Zustellnachweis/Rückschein**
 - eigenhändig (RSa)
 - an Ersatzempfänger (RSb)
- **EuZustellVO**

Rückschein



RSb **Bezirksgericht** [Redacted] Postentgelt bar bezahlt

Zustellversuch am _____ Frau/Herrn/Firma _____

1. **Verständigung** über die Hinterlegung
 in das Hausbrieffach } eingelegt
 in den Briefkasten }
 in den Briefeinwurf }
 an der Abgabestelle zurückgelassen
 an der Eingangstür angebracht

2. **Annahmeverweigerung**
 durch Empfänger Ersatzempfänger
 Sendung an der Abgabestelle zurückgelassen
 Sendung beim Zustellpostamt hinterlegt

3. **Hinterlegung**
 beim Zustellpostamt
 beim Postamt
 Beginn der Abholfrist

Aufgabe-
postamt

Übernahmsbestätigung	
Datum	<input type="checkbox"/> Empfänger <input type="checkbox"/> Postbevollmächtigter für RSb-Briefe <input type="checkbox"/> Mitbewohner der Abgabestelle <input type="checkbox"/> Arbeitgeber } des Empfängers <input type="checkbox"/> Arbeitnehmer } <input type="checkbox"/>
Unterschrift	

GZ: _____

Absender: **Bezirksgericht** [Redacted]

Zustell-
postamt

Zusteller

Formular 4/1 zu § 22 des Zustellgesetzes (Geoform 30a) 03/08

Zustellung II – Arten und Heilung

- **elektronische**
beachte § 89d Abs 2 GOG
- **mit Zustellnachweis**
 - zu eigenen Händen (§ 21 ZustG)
 - mit Ersatzzustellung (§ 16 ZustG)
 - Heilung möglich
- **Hinterlegung** (§ 17 ZustG)
 - Heilung möglich
- **durch öffentliche Bekanntmachung** (§ 25 ZustG)
- **allgemeine Heilung** (§ 7 ZustG)

Außerstreit:
Zustellung zu eigenen Händen bei Bestellung
eines Sachwalters (§ 124 AußStrG)!

Beispiel



***Hubert Hugos* Klage soll *Anton Aperol* zugestellt werden.
Am Tag der Zustellung ist jedoch nur *Antons* 17-jähriger Sohn
Fritz anwesend, der das Schriftstück entgegennimmt.**

- Wirksame Zustellung?

Beispiel

